

Quelle: <https://www.naturepower.de/vitalstoff-journal/fakten-widerreden/politisches/gentechnik-gegen-hunger-eine-widerrede-gegen-diese-behauptung/print.html>

Gentechnik gegen Hunger? Eine Widerrede gegen diese Behauptung

Die Multis wittern Chancen für neue Absatzmärkte in der Dritten Welt

Von Caroline Morel

Mit ihrem angeblichen Kampf gegen Hunger rechtfertigen Agrokonzerne wie Monsanto oder Syngenta den Einsatz von gentechnisch verändertem Saatgut in der Dritten Welt. Dieses Argument schieben sie in der Debatte um die Gentechfrei-Initiative immer wieder vor. Die Gentech-Industrie, die sich philanthropisch des Hungerproblems annimmt? Weit gefehlt. Der Gentech-Industrie geht es vielmehr um neue Absatzmärkte. Wenn sich die Gentechnik in der Landwirtschaft durchsetzt, werden künftig noch mehr Menschen hungern. Im Land von Syngenta, wie auch im übrigen Europa, wollen die wenigsten Bauern und Konsumentinnen etwas von Gentech-Food wissen. Es bilden sich sogar zahlreiche gentechfreie Zonen wie das Tessin, die Toscana oder Oberösterreich. Die Multis wittern Chancen für neue Absatzmärkte in der Dritten Welt, etwa in Indien, Guinea-Bissau und Tansania.

Gentech für die "Dritte Welt"

Beispiel gefällig? Vor rund zwei Jahren bewilligte die indische Regierung den Anbau von gentechnisch veränderter Bt-Baumwolle. Mittlerweile wird diese Monsanto-Pflanze in Indien auf über 1,25 Millionen Hektaren angebaut - und die Erfahrungen der Produzenten lassen Schlimmes befürchten. Die Versprechen der Hersteller, die Bauernfamilien könnten dank dem teuren und patentierten Saatgut eine größere Ernte einfahren, haben sich laut unabhängigen Studien nicht bewahrheitet. Im Gegenteil - manchen Bauern droht der Ruin.

Das patentierte Gentech-Saatgut müssen die Landwirte für jede Aussaat neu kaufen, was sie von Saatgutfirmen aus den Industrienationen abhängig macht - eine neue Art Kolonialisierung zeichnet sich ab. In der Dritten Welt dient häufig ein Teil der Ernte als Saatgut fürs nächste Jahr. Kommt hinzu: Entgegen den Behauptungen der Befürworter nimmt der Chemie-Einsatz nur zu Beginn ab. Mittel- und langfristig steigt er auf Gentech-Feldern an, wie Zahlen des US-Landwirtschaftsministeriums belegen.

Die chemischen Produkte können sich die Menschen in der Dritten Welt nur in Ausnahmefällen leisten. Denn in den Entwicklungsländern leben nach wie vor bis zu 80 Prozent der Menschen als Kleinproduzenten von weniger als einem Hektar Land. Die Gentech-Landwirtschaft ist auf die industrielle Bewirtschaftung großer Monokulturen ausgerichtet. Ziel und Zweck ist es, Arbeitskraft und Zeit zu sparen. Doch gerade darüber verfügen die Bauern in der Dritten Welt reichlich. Wie rasch die Gentech-Landwirtschaft die Kleinbäuerinnen und Kleinbauern verdrängt, lässt sich am Beispiel Argentinien ablesen: Der Anbau von transgener Soja beschleunigte den landwirtschaftlichen Konzentrationsprozess massiv, Zehntausende Kleinbetriebe gingen ein. Die Bauern wanderten ab und blieben auf der Suche nach Arbeit in den Slums der Vorstädte hängen. Ein Auskommen fanden sie dort nicht. Die Bauernfamilien erwarteten Mangelernährung, Langeweile und fehlende Perspektiven.

Alternativen zur Gentech-Landwirtschaft existieren wohl. Angepasste ökologische Landwirtschaft heißt das Stichwort. Diese ist günstig und auch in der Dritten Welt gang und gäbe.

Das Nebeneinander von konventioneller Landwirtschaft und Gentech-Feldern ist auf Dauer «kaum realisierbar». Zu diesem Schluss kommt das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL) in

Frick. Die Umsetzung von Freisetzungsvorschriften - sofern vorhanden - ist sehr teuer, und zudem auch noch nutzlos: In Westkanada wächst kein biologischer Raps mehr. Wenn nicht mal Kanada in der Lage ist, das ursprüngliche Saatgut gentechfrei zu erhalten - wie soll das ein Bauer in einem Entwicklungsland schaffen, der über weit weniger Ressourcen verfügt? Kein Wunder, lehnen viele Entwicklungsländer die Gentechnologie in der Landwirtschaft ab. Sie wollen keine gentechnisch veränderten Organismen, sei es als Nahrungsmittelhilfe oder als Saatgut.

Niemand will Gentechnik

Benin hat 2002 ein fünfjähriges Moratorium beschlossen, Sambia, Sudan oder Angola haben gentechnisch veränderten Mais als Nahrungsmittelhilfe abgelehnt oder verlangt, dass der Mais gemahlen eingeführt wird. Sie wollten so eine Kontaminierung der einheimischen Maissorten verhindern, denn der zum Essen bestimmte Mais wird häufig als Saatgut verwendet. Ihre Befürchtung ist begründet. In Mexiko sind verschiedene Ursorten von Mais bereits kontaminiert, weil US-Importmais angesät wurde. Die Kommission des Nordamerikanischen Freihandelsabkommens Nafta hat deshalb Mexiko empfohlen, den Maisimport aus den USA drastisch zu reduzieren und äußerst vorsichtig mit der Freisetzung von gentechnisch verändertem Saatgut umzugehen. Für gentechkritische Entwicklungsländer sind unterstützende Zeichen aus Europa sehr wichtig - auch aus der Schweiz, wo mit Syngenta der größte Agrochemie-Konzern der Welt seinen Hauptsitz hat. Sagt die hiesige Bevölkerung Nein zu Gentechnik in der Landwirtschaft, hat das Signalwirkung, wie das Beispiel Malaysia zeigt: Dort wurde das Syngenta-Herbizid Paraquat 2002 vor allem darum verboten, weil es in der Schweiz mit einem Verbot belegt ist.

Mit Gentechnik wird Hunger gesät!

Bleibt die Frage: Lässt sich mit Gentechnologie in der Landwirtschaft der Hunger bekämpfen? Wagen wir einen Blick auf die Gentech-Produktepalette der Dritten Welt: Angebaut werden vor allem Baumwolle, Soja und Mais - für den Export, zur Tierfutterproduktion in den Industrieländern.

Das Land fehlt für den Anbau von Nahrungsmitteln für die Bevölkerung. Mit Gentechnologie wird in der Tat Hunger gesät. Ein Nebeneinander von konventioneller Landwirtschaft und Gentech-Feldern ist laut dem FiBL in Frick «kaum realisierbar»

Mittelland Zeitung Gesamtausgabe, 18.06.2005

Über die Autorin

Caroline Morel ist 36 Jahre alt und seit 2002 Geschäftsleiterin von Swissaid. Die Ethnologin hat in Nicaragua gearbeitet, wo G90-Saatgut zugelassen werden soll. Swissaid ist Mitglied des Pro-Komitees der Gentechfrei-Initiative, die diese Woche vom Nationalrat der Schweiz abgelehnt worden ist.